

Rolf Prigge, René Böhme

Die Soziale Stadtpolitik deutscher Großstädte

Eine politische Reaktion auf die fortgesetzte soziale Spaltung, verfestigte Armut und ungleiche Teilhabechancen



Die deutschen Großstädte stehen aufgrund veränderter Lebensstile, der sozialräumlichen und gesellschaftlichen Polarisierung sowie einer Verfestigung von Armut vor enormen sozialen Herausforderungen. Unsere Studie weist am Beispiel der Städte Dortmund, Bremen und Nürnberg nach, dass die Großstädte darauf mit einer Sozialen Stadtpolitik reagieren können. Dieser Politiktyp setzt allerdings integrierte, sozialräumlich orientierte und partizipative Reformen voraus, die die Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Menschen in armutsgefährdeten Lebenslagen, von Familien und Kindern verbessern. Alle staatlichen Ebenen und lokalen Fachressorts sind aufgefordert, in einen integrierten Prozess der Sozialen Stadtentwicklung und kind- bzw. familienbezogenen Armutsprävention einzutreten.

Reurbanisierung und die fortgesetzte soziale Spaltung der Großstädte

Nachdem lange Zeit die Krise der industriell geprägten Stadt und der Sozialen Stadt (Hanesch 2011) im Vordergrund von wissenschaftlichen Diskussionen stand, wird seit Ende der 1990er Jahre verstärkt die Frage diskutiert, ob nun ein Ende der Suburbanisierung, eine Wiederkehr der Städte, ihre Renaissance oder Reurbanisierung bevorstehe. Mit der Plausibilität der Reurbanisierungsthese, die von einer neuen Attraktivität und Rückkehr der Städte ausgeht, hat sich Stefan Siedentop (2008) auseinandergesetzt. Er weist darauf hin, dass noch vor wenigen Jahren die Städte für viele als bauliche Zeugnisse einer vergangenen, industriell geprägten Ökonomie und Gesellschaft galten. In der globalisierten und digitalen Ökonomie, so schien es, sei kein Bedarf mehr für traditionelle Formen städtischer Zentralität und Verdichtung vorhanden. Doch es vollziehe sich ein erstaunlicher Wandel. Städte und Stadtregionen, die lange Zeit von Bevölkerungsverlusten sowie der Erosion der Beschäftigung betroffen waren, könnten auf neuerliche Einwohner- und Arbeitsplatzzuwächse verweisen. Berichtet werde über eine abnehmende Stadt-Umland-Wanderung, diskutiert werde über eine neue Anziehungskraft großer Städte für junge Bildungseliten und ältere Haushalte. Dabei galten Städte noch vor wenigen Jahren mit Blick auf die Armutskonzentration oder überalterte Wirtschafts- und Infrastrukturen als Ballast einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik.

Auch Hartmut Häussermann, Dieter Läßle und Walter Siebel (2008, S. 362 ff.) setzen sich mit der Frage nach einer Renaissance der Städte auseinander. Die Krise der Städte hat nach ihrer Anschauung ihre Ursachen in der wachsenden Ökonomie und der Bevölkerungsentwicklung. In ökonomischer Hinsicht bewirkten Verlagerungen und Rationalisierungen eine Deindustrialisierung und den Verlust industrieller Arbeitsplätze. In demografischer Hinsicht führte die Suburbanisierung dazu, dass junge Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen ins städtische Umland abwanderten. In sozialer Hinsicht wuchsen die Einkommensungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Langzeitarbeitslosigkeit. Die Tendenz sozialer Polarisierung nahm zu und prägte auch die sozialräumliche Struktur der Städte. Soziale Segregation und Prozesse der Residualisierung verstärkten sich in den großen Städten, da durch die Liberalisierung des Wohnungsmarktes die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen auf randständige Stadtteile und Quartiere verwiesen wurden.

Mit dem Übergang von der fordistischen Industrie- zur postfordistischen Dienstleistungsökonomie seien für die großen Städte fundamentale Veränderungen verbunden (Häussermann/Läßle/Siebel 2008). Städtisches und innenstadtnahes Wohnen werde aus zeitökonomischen und urbanen Gründen wieder attraktiver. Die Auflösung sozialstaatlicher Arrangements untergrabe allerdings den Aufstiegsglauben und begünstige die Angst vor einem sozialen Abstieg. Das Erwerbseinkommen reiche nicht für alle Beschäftigten zum Lebensunterhalt.



Die Beschäftigungsdynamik gehe einher mit der stärkeren Erwerbstätigkeit der Frauen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfordere deshalb neue Zeitarrangements und ein breites Angebot öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Kindertagesbetreuung, Bildung und Gesundheitswesen.

Während das fordistische Entwicklungsmodell vielfältigen Erosionstendenzen unterliege, berge auch das postfordistische Entwicklungsmodell soziale Risiken. Die urbane Wissens- und Kulturproduktion ermögliche in ihren jetzigen Strukturen keine sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung, da sich dieser hochgradig flexibilisierte Arbeitsmarkt mit Beruf und Familie nur schwer vereinbaren lasse. Die Tendenzen einer urbanen Renaissance dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass es große regionale Unterschiede und neue Disparitäten gebe (Häussermann/Läpple/Siebel 2008). Die Schere zwischen den wachsenden und schrumpfenden Städten gehe auseinander. Nicht alle Städte profitierten bereits von der neuen urbanen Ökonomie, in vielen dominiere noch die Deindustrialisierung bzw. die industrielle Produktionsweise die Entwicklung und nehme die sozialräumliche Polarisierung noch zu. Es komme aber vor allem darauf an, die in den Städten vorhandenen Humanpotenziale zu fördern. Diese lägen in den Quartieren der Städte, in denen sich die sozialen Probleme konzentrieren würden. Die wachsende Kinderarmut, Bildungsdefizite bei den Jugendlichen und die Situation der Einwandererfamilien seien auch Themen für die Stadtentwicklung. Die Krise der (sozialen) Stadt sei ihres Erachtens also noch nicht ausgestanden und überwunden.

Eine aktuelle, bundesweit angelegte Studie im Rahmen der Raumbearbeitung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2012) kommt bezogen auf den Zeitraum 2005 bis 2010 zu dem Ergebnis, dass immer mehr kleinere und mittlere Städte und Gemeinden schrumpfen, während die Großstädte wieder eher die Rolle des Wachstumsmotors einnehmen. Danach liegt die Mehrheit der stark schrumpfenden Städte und Gemeinden nach wie vor in Ostdeutschland. In Westdeutschland sind nur wenige Gemeinden von starker Schrumpfung betroffen. Die Zahl der Städte und Gemeinden mit starkem Wachstum hat sich leicht erhöht. Als

Boomregionen werden München und Hamburg sowie die Gebiete Rhein-Ruhr, Rhein-Main und Stuttgart bezeichnet. Positiv entwickeln sich in Ostdeutschland als Großstädte bedingt Berlin und Leipzig, eindeutiger aber Dresden, Erfurt, Jena und Magdeburg. Die Verschiebungen im Zeitverlauf deuten nach Ansicht der Autoren auf eine stärkere Polarisierung von starkem Wachstum und starker Schrumpfung hin.

Die Armut steigt – wie neuere Untersuchungen belegen – auch in Phasen wirtschaftlicher Prosperität, verfestigt sich (DPWV 2011) und konzentriert sich verstärkt in den Metropolen (Seils/Meyer 2012). Die Armutsgefährdungsquoten der 15 größten deutschen Städte zeitigen für 2011 eine Spannweite von 11,8% (München) bis 25,0% (Leipzig)! Bemerkenswert ist, dass zwischen 2010 und 2011 die Armutsquoten in 14 der 15 größten deutschen Städte und in 13 von 16 Bundesländern z.T. stark angestiegen sind, obwohl die Bundesagentur für Arbeit im gleichen Zeitraum die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit Anfang der 1990er Jahre verkündete. Diese Entwicklungen verstärken in den Großstädten die soziale Segregation und Polarisierung, weil sich prekäre Lebenslagen in den benachteiligten Stadtteilen und Wohnquartieren konzentrieren (Friedrichs/Triemer 2009). So beträgt die Spannweite zwischen der SGB-II- bzw. Armutsquote der von uns untersuchten Großstädte Dortmund, Bremen und Nürnberg zu den von uns untersuchten Stadtteilen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf bis zu 20 Prozentpunkte (vgl. Tab. 1). Von einer umfassenden Renaissance der Großstädte kann nach dieser Datenlage jedenfalls nicht ausgegangen werden.

Kinder sind in deutschen Großstädten besonders von Armut und Ausgrenzung betroffen. Wie Analysen der Bertelsmann Stiftung (2012) zeigen, leben in vielen deutschen Großstädten zwischen 25 und 40% aller Kinder unter 15 Jahren in Haushalten, die von Transferleistungen nach dem SGB II abhängig sind. Zudem nimmt die sozialräumliche Polarisierung der Kinderarmut im Zeitverlauf zu (Dohnke/Seidel-Schulze/Häussermann 2012). Damit gehen vielfach Benachteiligungen der Kinder in Hinblick auf die gesundheitliche Entwicklung und die Teilhabe an Bildungsprozessen einher.

	Armutsquote 2011	Arbeitslosenquote 2012	SGB-II-Quote 2011	SGB-II-Quote von Kindern 2011
Deutschland	15,1%	7,1%	8,5%	14,9%
Durchschnitt der 15 größten deutschen Städte (> 400.000 Einwohner)	19,6%	9,4%	12,4%	23,3%
Durchschnitt der untersuchten Großstädte (DO, HB, N)	21,7%	10,4%	13,2%	25,4%
Durchschnitt der untersuchten Stadtteile mit bes. Entwicklungsbedarf	k. A.	18,1%	29,1%	41,8%

Tab. 1: Armutsindikatoren im Vergleich (Quellen: Eigene Berechnungen nach Bundesagentur für Arbeit 2012; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012; Seils/Meyer 2012)



Strukturmerkmale und Entwicklungspfade Sozialer Stadtpolitik

Die Großstädte stehen heute auf Grund der gesellschaftlichen Polarisierung und der fortgesetzten sozialen Spaltung der Stadtgesellschaften vor neuen komplexen sozialen Herausforderungen. Klärungsbedürftig ist, wie die Großstädte darauf reagieren, inwieweit sie im Mehrebenen-Sozialstaat über lokale Handlungsspielräume verfügen und wie sie diesen Handlungsspielraum nutzen. Wie unsere Fallstudien über die Ansätze Sozialer Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg gezeigt haben, reagieren die Großstädte mit einem veränderten Governancemodus, den wir als einen neuen Politiktyp charakterisieren wollen, weil er gegenüber einer breit angelegten Sozialen Stadtentwicklung einen erweiterten politischen Gestaltungsanspruch verfolgt (Prigge/Böhme 2013). Dieser politische Gestaltungsanspruch muss sich in den beteiligten Entwicklungspfaden in der Form von veränderten Akteursbeziehungen, von Handlungsmustern, Strategien und Leistungsprofilen nachweisen lassen.

Mit dem neuen Politiktypus verbinden wir einen neuen Steuerungsmodus, der folgende Intentionen verbindet:

- In einer politischen Programmfamilie wird eine größere Zahl von unterschiedlichen Politikpfaden und Strategien koordiniert und integriert.
- Die im Wirkungskreis der Großstädte liegenden institutionell und prozedural garantierten lokalen Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Sen 2000) sollen gestaltet und verbessert werden.
- Durch veränderte Governancestructuren wird die integrative, sozialräumliche und diskursive Entwicklung und Steuerung der Programmfamilie und von sozialintegrativen Einzelstrategien ermöglicht.
- Mit einer regelmäßigen Sozialberichterstattung wird über die Verteilung von Armut und von Lebenslagen informiert, um Ausgrenzung und Teilhabe in der gesamten Stadt, den Stadt- und Ortsteilen sowie Quartieren sichtbar zu machen.

Die Soziale Stadtpolitik ist in den untersuchten Großstädten ressortübergreifend angelegt und folgt nach den Fallstudien den folgenden politischen Entwicklungspfaden:

- integrierte Stadtentwicklung und Soziale Stadtentwicklung,
- spezielle Angebote und Leistungen der lokalen Sozialpolitik,
- kommunale Bildungspolitik,
- spezielle Armutsprävention.

Die Leistungen der Sozialen Stadtpolitik erfassen wir als pfadbezogene Handlungsmuster und sozialintegrative Politikstrategien. Zu beachten ist dabei, dass wir bewusst von Entwicklungspfaden und Politikfeldern sprechen, weil sich die kommunale Aufbauorganisation der drei Großstädte stark un-

terscheidet, nicht einer Verwaltungsrationalität folgt, sondern zum großen Teil nach politischen Zweckerwägungen ausgerichtet wird. Mit dem Begriff der Politikstrategie meinen wir die politische Steuerungsinitiative eines Akteurs der Sozialen Stadtpolitik, mit der Veränderungen bezogen auf institutionelle Strukturen, auf Lebenslagen, Teilhabechancen oder Akteursbeziehungen bewirkt werden sollen. Eine Schlüsselfunktion kommt u. E. den sozialintegrativen Politikstrategien zu, welche die Soziale Stadtentwicklung mit der Armutsprävention verbinden und die die Bekämpfung der Kinder- und Bildungsarmut durch den Ausbau der sozialen Infrastruktur zum Ziel haben.

Die Schlüsselfunktion Sozialer Stadtteilentwicklung und familien- und kindbezogener Armutsprävention

Unsere Erhebungen und Analysen deuten auf zwei zentrale konzeptionelle Ansätze für stadtteilbezogene Strategien gegen Armut und Benachteiligung hin:

- den Strategieansatz „Soziale Stadtteilentwicklung und quartierbezogene Armutsprävention“,
- den Strategieansatz „Ausbau der sozialen Infrastruktur und familien- und kindbezogene Armutsprävention“.

Der erste Strategieansatz basiert auf Impulsen der Europäischen Union und des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“. Er zielt neben der städtebaulichen Aufwertung und der Verbesserung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur v.a. darauf, die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Wohn- und Wohnumfeldbedingungen zu vermeiden, die Lebensbedingungen der Bewohnerschaft in diesen Quartieren zu verbessern sowie eine gewisse Gleichwertigkeit der sozialen Verhältnisse herzustellen oder zumindest ein weiteres Auseinanderdriften der Lebenswelten zwischen verschiedenen Stadtteilen zu verhindern.

Im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung werden zum einen Quartiere städtebaulich aufgewertet und damit der Verelendung und Ghettoisierung einzelner Wohnquartiere vorgebeugt. Zum anderen werden Maßnahmen aus den Bereichen Bildung, Nachbarschaftliches Zusammenleben, Wohnumfeldgestaltung, Kultur, Arbeit und Gesundheit im Rahmen lokaler Projekte umgesetzt, welche die Teilhabechancen punktuell verbessern und so das Gefühl von Ausgrenzung reduzieren sollen. Diese Programme können somit das Image und die Stimmung unter den Bewohnern im Quartier positiv beeinflussen. Damit geht eine Erweiterung der Stadtteilentwicklung um Themenfelder wie Arbeitsmarkt, Kindertagesbetreuung, Bildung, Gesundheit und Armutsprävention einher, wodurch die Komplexität der Steuerung zunimmt.

Eine rein investive Stadtteilentwicklungsstrategie, welche durch die Bau- und Wirtschaftsdezernate dominiert wird und



die die genannten Bereiche nicht mit einbezieht, wird den komplexen Anforderungen der Sozialen Stadtteilentwicklung nicht gerecht. Des Weiteren ist aufgrund der sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft und ihrer Ausdifferenzierung innerhalb der verschiedenen Stadt- und Ortsteile eine sozialräumliche Feinsteuerung von Programmen unabdingbar.

Evaluationsforschungen u. a. zum Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ (z.B. Aehnelt u.a. 2004) haben die positiven Wirkungen der Programme der Sozialen Stadtteilentwicklung aufgezeigt. Trotz dieser nachgewiesenen Effekte haben sich die Sozialindikatoren der meisten Fördergebiete im Zeitverlauf kaum verändert. Aufgrund fortschreitender Tendenzen der Segregation, Langzeitarbeitslosigkeit und verfestigter Armut bleibt eine große Anzahl der Quartiere trotz dieser Interventionen sozial benachteiligt. Zudem weisen diese Quartiere oftmals einen hohen Anteil an Kindern auf, die dort in Armutslebenslagen aufwachsen. Um den Kreislauf von Armut zu durchbrechen, sind daher zusätzliche Anstrengungen notwendig.

Diese Maßnahmen haben wir unter dem Strategieansatz der familien- und kindbezogenen Armutsprävention subsumiert. Ausgangspunkte waren u.a. die durch internationale und regionale Vergleichsstudien offenbarten Mängel des deutschen Bildungssystems, die gemeinsame Bildungsberichterstattung des Bundes und der Länder, die Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages zur Verantwortung der Städte für Bildung sowie das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (2003–2009) der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in allen 16 Bundesländern. Diese Impulse bewirkten, dass sich Bund und Länder über Förderprogramme zum Ausbau der frühkindlichen Bildung in Kindertagesstätten einigen konnten und dass die Städte eine Steuerungsverantwortung für die Gestaltung kommunaler Bildungslandschaften übernehmen.

Infolge von Fällen massiver Kinderwohlgefährdung wurde der Bereich der Frühen Hilfen besser ausgebaut und die Gesundheits- und Jugendhilfe wirksamer verzahnt. Gemeinsames Ziel dieser verschiedenen Ansätze ist es, Benachteiligungen infolge familiärer Armut zu reduzieren, um die Familienstruktur zu stabilisieren, das kindliche Wohlbefinden zu sichern und die Teilhabe der Kinder an den Bildungsprozessen zu fördern. Ansatzpunkte zur Verbesserung der Chancengleichheit und sozialen Integration im Bildungssystem werden mittlerweile in der Fachliteratur intensiv diskutiert. Hierfür scheint uns der Ansatz der Betreuungs- bzw. Präventionsketten eine geeignete Strategie zu sein, wie er im Rahmen des Dormagener Modells praktiziert wird (Holz 2010). Durch ein lückenloses Netz an kind- und familienbezogenen Unterstützungssystemen sollen armutsbedingte Benachteiligungen frühzeitig erkannt und kompensiert werden. Hierbei kommt den Frühen Hilfen, der Kindertagesbetreuung und der Ganztägigen Bildung und Betreuung in der Schule eine Schlüsselrolle zu. Diese gilt es ge-

rade für benachteiligte Ortsteile bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig auszugestalten und miteinander zu verzahnen.

Lokale Handlungsspielräume und ambivalente Rahmenbedingungen

Die bisher wirkenden, von der Bundespolitik und den Ländern verantworteten Mechanismen und Programme des Finanz- und Entwicklungsausgleichs zwischen den Städten reichen offenbar nicht aus, um den Großstädten annähernd gleiche Entwicklungschancen zu verschaffen. Es fand zwar in allen Großstädten ein Abbau der Arbeitslosigkeit statt, aber die prosperierenden Großstädte wuchsen schneller, boten bessere Arbeitsplatzchancen, zogen mehr Einwohner an, hatten weniger soziale Kosten und Probleme und verfügten über eine bessere Finanzkraft. Umgekehrt waren es die Städte des prekären Strukturwandels, die eine schwächere Wirtschafts- und Finanzkraft bei geringeren Arbeitsplatzchancen, stagnierenden oder sinkenden Einwohnerzahlen und relativ hohen sozialen Problemen und Kosten aufwiesen (Prigge/Schwarzer 2006). Relativ unabhängig von dieser pfadbezogenen sozio-ökonomischen Entwicklung vollzieht sich in allen Großstädten eine zunehmende soziale Ungleichheit und setzt sich eine soziale Spaltung und sozialräumliche Polarisierung zwischen den Stadtteilen und einzelnen Wohnquartieren fort.

Die Politik der höheren staatlichen Ebenen verkörpert eine weitere externe Bedingung großstädtischer Politik. Einerseits können öffentliche Aufgaben auf die höhere staatliche Ebene übertragen werden, andererseits können aber auch öffentliche Aufgaben der lokalen Politik- und Verwaltungsebene neu überantwortet werden. Öffentliche Aufgaben im Bereich der Kinder- und Familienförderung wurden durch den Bund und die Länder auf die kommunale Ebene delegiert, ohne dass dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt wurden. Die aktuelle Bundesregierung verengt in restriktiver Weise mit ihrer Finanz-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik den Gestaltungsspielraum der Kommunen und Großstädte. Die Bundesländer sind auf Grund ihrer Bildungshoheit vor allem in Fragen der Schulentwicklung gegenüber den Kommunen und Großstädten gefordert. So fördert Nordrhein-Westfalen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, den Ausbau von Ganztagsangeboten im Grundschulbereich, aber auch die Entwicklung kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut mit eigenen Programmen. Bayern hält sich bei dem Ganztägigen Lernen aus einem konservativen Verständnis von Familie eher zurück, fördert aber gezielt den Unterricht von Kindern mit Migrationshintergrund in der deutschen Sprache. Der Stadtstaat Bremen hat seine Bildungshoheit bisher nicht konsequent für die Bekämpfung der Bildungs- und Kinderarmut in den Schulen nutzen können.

In den untersuchten Großstädten werden die lokalen Governancestrukturen durch die integrativen, räumlichen und partizipativen Steuerungsinitiativen einer Sozialen Stadtpolitik

verändert. Implementiert wurde mit der Programmfamilie ein neuer ressortübergreifender Steuerungsmodus. In organisatorischer Hinsicht drückt sich dieser in neuen Organisationseinheiten aus, die der Politikentwicklung und Steuerungsunterstützung dienen. Sie sind als Geschäftsstelle oder neue Referate dem Oberbürgermeister bzw. in Bremen der dem Präsidenten des Senats unterstellten Senatskanzlei zugeordnet. Der aktiven Kontextpflege dienen öffentliche Veranstaltungen unter Beteiligung der betroffenen Bürger und Adressaten, der Wohlfahrtsverbände und freien Träger. Dortmund und Nürnberg führen sogar unter breiter Beteiligung regelmäßige Armutskonferenzen durch. Die sozialintegrativen Strategien für eine Soziale Stadtpolitik können sowohl aus den verschiedenen Entwicklungspfaden heraus entstehen als auch von zentraler Stelle entwickelt werden. Dieser Steuerungsmodus führt dazu, dass die innerstädtische Konkurrenz zwischen Politikfeldern und Fachbereichen eingeschränkt wird und sich stattdessen im Rahmen der Sozialen Stadtpolitik ein kooperativeres Verhalten der pfadbezogenen Akteure entfalten kann. In den an der Sozialen Stadtpolitik beteiligten Pfaden werden als sozial-integrative Strategien auch Politikprogramme umgesetzt, die von einer intensiven Förderung durch die Bundespolitik (z.B. Kindertagesbetreuung, Soziale Stadtteilentwicklung) oder Landespolitik (z.B. Schulentwicklung) abhängig sind. Ein Rückzug der Bundes- oder Landespolitik hätte für die Großstädte verheerende Auswirkungen und würde deren lokalen Handlungsspielraum dramatisch einschränken.

Die Großstädte folgen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung einem hybriden Steuerungsmodus: Sie managen die kommunalen Verwaltungsangelegenheiten und müssen sich demokratisch legitimieren. Sie nehmen eigene und übertragene Aufgaben wahr. Der lokale Handlungsspielraum ist also vorhanden, aber sehr begrenzt. Durch eine aktive Stadtpolitik und eine förderliche Politik des Bundes und der Länder kann er erweitert oder wieder eingeschränkt werden. Da sich die lokale Wirtschafts- und Finanzkraft und die Politik der Großstädte unterscheiden, kommt es zu einem Politik- und Leistungswettbewerb der Großstädte untereinander um Arbeitsplätze und Investoren sowie um die Lebensbedingungen und Einwohner. Die großen Städte entscheiden selbst darüber, welche politische Bedeutung sie dem sozialen Integrationsregime und einer Sozialen Stadtpolitik einräumen und damit auch in einem starken Maße über ihre soziale Integrationskraft und Zukunftschancen.

Allerdings verfügen die Großstädte im föderalen Bundesstaat der Bundesrepublik Deutschland über keine systemrelevanten Regulierungs- und Entscheidungsbefugnisse. Grundlegende gesamtgesellschaftliche Probleme wie die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Regulierung des Arbeitsmarktes, die Überwindung der Armut u.a. können nur vom Bund unter Mitwirkung der Länder geregelt werden. Diese Themen gehören auf die Bühne der Bundespolitik.

Rolf Prigge, René Böhme

Forschungseinheit Stadt und Region, Institut Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen

Eine Langfassung dieses Artikels erscheint in Kürze in dem Band: Altröck et al. (Hg.) (2013): Die Anpassungsfähigkeit der Städte. Planungsrundschau Nr. 22, Kassel/ Berlin.

Quellen

- Aehnel, R. u.a. (2004): Die Soziale Stadt – Ergebnisse der Zwischenevaluierung: Bewertung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ nach vier Jahren Programm Laufzeit. Berlin: BMVBS BBSR (Hrsg.) (2012): Wachsende und schrumpfende Städte und Gemeinden. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/AktuelleErgebnisse/2012/Gemeinden/wachsend__schrumpfend.html (Zugriff: 12. Oktober 2012)
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012): Entwicklung der Kinderarmut. <http://www.keck-atlas.de/>, (Zugriff: 08. Oktober 2012)
- Castel, R./Dörre, K. (2009): Einleitung. In: Castel, R., Dörre, K. (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus, 11-20
- Dohnke, J./Seidel-Schulze, A./Häussermann, H. (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Berlin: DIfu
- DPWV (Hrsg.) (2011): Von Verhärtungen und neuen Trends: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011. Berlin
- Friedrichs, J./Triemer, S. (2009): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. 2. Auflage. Wiesbaden: VS
- Güntner, S. (2007): Soziale Stadtpolitik, Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung. Bielefeld: transcript
- Hanesch, W. (2011): Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen und die Zukunft des „lokalen Sozialstaats“. In: Hanesch, W. (Hrsg.): Die Zukunft der „Sozialen Stadt“: Strategien gegen die soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. Wiesbaden: VS, S. 7-46
- Häussermann, H. (2003) Das Europäische Stadtmodell. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Heft 3, S. 51-52
- Häussermann, H. (2006): Krise der „Sozialen Stadt“. Warum der sozialräumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache für Ausgrenzung ist. In: Bude, H./Willisch, A. (Hrsg.): Das Problem der Exklusion: Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg: Hamburger Edition, S. 294-313
- Häussermann, H./Läpple, D./Siebel, W. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Holz, G. (2010): Kindbezogene Armutsprävention als struktureller Präventionsansatz. In: Holz, G./Richter-Kornweitz, A. (Hrsg.): Kinderarmut und ihre Folge: Wie kann Prävention gelingen? München: Ernst Reinhardt, S. 109-125
- Prigge, R./Böhme, R. (2013): Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg – Soziale Spaltung, Armutsprävention und Chancengerechtigkeit als politische Herausforderungen! Bremen: Kellner
- Prigge, R./Schwarzer, T. (2006): Großstädte zwischen Hierarchie, Wettbewerb und Kooperation. Wiesbaden: VS
- Prigge, R./Schwarzer, T. (2007): Lokale Sozialpolitik in Bremen und Hannover. Bremen: Kellner
- Prigge, R./von Ritttern, R. (2010): Bremen kann sozialer werden: Strategien und Regelungsstrukturen für eine soziale Stadtpolitik. Bremen: Kellner
- Seils, E./Meyer, D. (2012): Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen. WSI-Report 08, November 2012
- Sen, A. (2000): Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: Hanser
- Siedentop, S. (2008): Die Rückkehr der Städte? Zur Plausibilität der Reurbanisierungshypothese. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, S. 193-210
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012): Armutsgefährdungsquoten, <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefahrdungsquoten.html> (Zugriff: 08. Oktober 2012)